

## Presseinformation

### **Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

„Die GEW fordert die Landesregierung und alle Parteien in Rheinland-Pfalz auf, die Umsetzung der Inklusion als die gemeinsame Aufgabe aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen anzusehen“, sagte Sylvia Sund, die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz. Sund hält es für falsch, bei dieser wichtigen bildungspolitischen Aufgabe parteipolitische Interessen in den Vordergrund zu stellen. Sie reagiert damit auf Presseäußerungen der CDU-Landtagsfraktion.

„Um Inklusion in den Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz verwirklichen zu können, bedarf es vor allem eines grundsätzlichen Konsenses über die konzeptionellen Vorgaben und über die notwendige personelle Ausstattung der Schulen, damit Inklusion gelingen kann“, sagte Sund. „Wir benötigen ein politisches Einvernehmen über die Gelingensbedingungen und sollten dies zum gemeinsamen Ziel erklären.“

„Unseren Regelschulen und leider auch vielen unserer Schwerpunktschulen“, so Sund weiter, „gelingt es nicht immer, eine gute Förderung jedes behinderten und jedes nicht behinderten Kindes zu gewährleisten. Um ein funktionierendes inklusives Schulsystem zu gewährleisten, sind prozessbegleitende Unterstützungssysteme dringend aufzubauen. Dies setzt die Bereitstellung entsprechender Ressourcen voraus. Notwendig sind zusätzliche Zeitressourcen für Förderschul- und Regelschullehrkräfte, zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung, kleinere Klassen, geeignete Klassen- bzw. Schulräume sowie sachliche Ausstattungen und flankierend dazu ein umfangreiches Beratungs- und Fortbildungssystem. In der LehrerInnenbildung für alle Schularten müssen alle zukünftigen Lehrkräfte dringend für den inklusiven Unterricht ausgebildet werden. Sowohl die Schulgesetznovelle als auch das LehrerInnenbildungsgesetz gehen grundsätzlich in diese Richtung und sind daher ein erster richtiger Schritt. Wichtig ist dann aber, dass alle politischen Verantwortlichen schnell Konsens darüber erzielen, wo die zweifelsohne noch vorhandenen Defizite liegen und welche Mittel zu deren Beseitigung im Landeshaushalt bereit gestellt werden müssen“, so die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende.

Mainz, 29. April 2014

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:  
<http://www.gew-rlp.de>